

**Einkaufsbedingungen
der
Alfred Kärcher SE & Co. KG
Alfred-Kärcher-Straße 28-40, 71364 Winnenden, Deutschland**

Stand Juli 2024

I. Geltung

1. Diese Einkaufsbedingungen (nachfolgend: "Einkaufsbedingungen") gelten für alle Verträge der Alfred-Kärcher SE & Co KG sowie der jeweils bestellenden Gesellschaften der KÄRCHER-Gruppe (nachfolgend: "wir") mit Unternehmen (nachfolgend: "Auftragnehmer") über die Lieferung oder die Herstellung von Produktionsmaterial, Nicht-Produktionsmaterial und sonstige Sachen und Liefergegenstände sowie die Erbringung von Dienstleistungen (nachfolgend zusammen "Ware") durch den Auftragnehmer. Die Einkaufsbedingungen gelten nicht gegenüber Verbrauchern.
2. Es gelten ausschließlich unsere nachstehenden Einkaufsbedingungen. Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers erkennen wir nicht an, es sei denn, wir hätten ausdrücklich schriftlich ihrer Geltung zugestimmt. Unsere Einkaufsbedingungen gelten auch dann, wenn wir in Kenntnis entgegenstehender oder von unseren Einkaufsbedingungen abweichenden Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers Lieferungen vorbehaltlos annehmen.
3. Abweichungen und Ergänzungen von diesen Einkaufsbedingungen sind nur mit unserer ausdrücklichen schriftlichen Bestätigung wirksam und gelten nur für den jeweiligen Vertrag, für den sie vereinbart wurden.
4. Die Einkaufsbedingungen gelten in der zum Zeitpunkt unserer Bestellung aktuellen Fassung als Rahmenvereinbarung auch für spätere Verträge im Sinne von Ziff. I. 1. mit demselben Auftragnehmer, ohne dass wir erneut auf sie hinweisen müssten.

II. Vertragsabschluss

Unsere Bestellungen sind nur verbindlich, wenn wir sie schriftlich, per E-Mail oder per Telefax erteilt haben. Mündliche oder fernmündliche Bestellungen sowie Ergänzungen und Änderungen einer Bestellung sind nur wirksam, wenn wir sie schriftlich, per E-Mail oder per Telefax bestätigen.

III. Preise

Die vereinbarten Preise sind Festpreise einschließlich sämtlicher Nebenkosten (z.B. ordnungsgemäße Verpackung, Transport, Versicherung der Ware); im Zweifel versteht sich der Preis inklusive Umsatzsteuer.

IV. Pflichten des Auftragnehmers

1. Lieferfristen laufen ab dem Datum unserer Bestellung.
2. Die Ausarbeitung von Angeboten und Kostenvoranschlägen sowie ähnliche bestellungsvorbereitende Handlungen des Auftragnehmers erfolgen, soweit nicht schriftlich anders vereinbart, für uns kostenfrei.
3. Gerät der Auftragnehmer in Verzug, so sind wir berechtigt, für jede angefangene Woche des Verzugs 0,5% des gesamten sich aus der Bestellung errechneten Preises (einschließlich Umsatzsteuer) als pauschalierten Verzugsschadensersatz zu verlangen, bis zu einer Höhe von insgesamt 5% des jeweiligen Bestellwertes (einschließlich Umsatzsteuer), ohne dass es eines Schadensnachweises durch uns bedarf. Das Recht des Auftragnehmers, den Nachweis zu erbringen, dass kein oder ein wesentlich geringerer Schaden eingetreten ist, bleibt unberührt. Weitergehende Rechte und Ansprüche von uns bleiben unter Anrechnung des pauschalierten Verzugsschadensersatzes auf etwaige Schadensersatzansprüche unberührt.
4. Ist dem Auftragnehmer rechtzeitige Erfüllung seiner vertraglichen Pflichten nicht möglich oder kann er nicht in der vereinbarten Qualität liefern, so hat er dies unter Angabe der Gründe unverzüglich schriftlich mitzuteilen und den voraussichtlichen Liefertermin und die lieferbare Qualität zu benennen. Aus der Verletzung dieser Pflicht resultierende Schäden hat der Auftragnehmer zu ersetzen. Unsere sonstigen Rechte und Ansprüche wegen eines etwaigen Lieferverzugs bleiben unberührt.
5. Soweit die bestellte Ware noch nicht hergestellt ist, können wir Änderungen in Konstruktion und Ausführung verlangen. Sofern diese Änderungen zu Mehr- oder Minderkosten führen, werden die Parteien sich auf eine Anpassung der Vergütung des Auftragnehmers einigen. Können sich die Parteien auf keine Anpassung der Vergütung einigen, so soll ein Sachverständiger als Dritter im Sinne des § 317 BGB die angepasste Vergütung bestimmen. Können sich die Parteien auf die Person des Sachverständigen nicht einigen, so soll der Präsident der IHK Region Stuttgart die Person des Sachverständigen bestimmen. Die Kosten des Sachverständigen tragen die Parteien je zur Hälfte.
6. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den KÄRCHER Verhaltenskodex für Geschäftspartner (<https://s1.kaercher-media.com/media/file/216619/code-of-conduct-business-partner.pdf>) und die allgemein gültigen Prinzipien des UN Global Compact (<https://www.globalcompact.de/de/ueber-uns/Dokumente-Ueber-uns/DIE-ZEHN-PRINZIPIEN-1.pdf>) einzuhalten. Er wird insbesondere dafür Sorge tragen, dass Kinder und Jugendliche nur unter Beachtung der Regelungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der Vereinten Nationen (UN) und des nationalen Rechts beschäftigt werden. Er wird diese Verpflichtung seinen Lieferanten auferlegen.
7. Der Auftragnehmer verpflichtet sich ferner, rechtzeitig alle erforderlichen Maßnahmen einzuleiten, damit die an uns gelieferten Teile und/oder Geräte den Anforderungen der EU-Richtlinien zur Altgeräterücknahme (WEEE) und über Stoffverbote (derzeit gültige Fassung RoHS 2, Richtlinie 2011/65/EU) sowie den entsprechenden nationalen Vorschriften in den Mitgliedsstaaten der EU entsprechen. Besonders gilt dies für die Kennzeichnung der Geräte, die Vermeidung von verbotenen Stoffen und die Bereitstellung von Informationen für Entsorgungsbetriebe. Wenn Änderungen an den zu liefernden Teilen und/oder Geräten erforderlich sind, um den genannten Rechtsnormen gerecht zu werden, ist der Auftragnehmer verpflichtet, vor Durchführung dieser Änderungen unsere schriftliche Zustimmung einzuholen. Der Auftragnehmer wird auch die Kärcher-Norm KN 050.032 Inhaltsstoffe beachten, die wir im Internet zum Download bereithalten (<https://www.kaercher.com/de/inside->

[kaercher/unternehmen/lieferantenmanagement/produktkonformitaet.html](https://www.kaercher.com/de/unternehmen/lieferantenmanagement/produktkonformitaet.html)).

8. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, sämtliche gesetzlichen Anforderungen, die sich aus den EU-Vorschriften zum Chemikalienschutz (REACH) ergeben (insbesondere Registrierungs- Notifizierungs- bzw. Zulassungspflichten), zu erfüllen. Der Auftragnehmer wird uns die nach Art. 33 der Verordnung 1907/2006 EG (REACH-Verordnung) für eine sichere Verwendung ausreichenden Informationen für Produkte gemäß Art. 57 REACH-Verordnung zur Verfügung stellen. Sollten sich infolge von REACH Änderungen bei der Verfügbarkeit oder der bestimmungsgemäßen Verwendung von Materialien, Bauteilen, Baugruppen, Enderzeugnissen oder Verpackungsmittel ergeben oder sind Maßnahmen durch uns erforderlich, wird uns der Auftragnehmer hierüber unverzüglich informieren. Die in dieser Ziffer genannten Verpflichtungen wird der Auftragnehmer auch an seine Vorlieferanten weitergeben. Soweit der Auftragnehmer für einen Schaden verantwortlich ist, der aus der Verletzung einer der in dieser Ziffer genannten Verpflichtungen herrührt, ist er verpflichtet, uns insoweit von Schadenersatzansprüchen Dritter auf erstes Anfordern freizustellen und uns im Übrigen den uns entstandenen Schaden zu ersetzen. Die Materialien, Bauteilen, Baugruppen, Enderzeugnisse oder Verpackungsmittel sollen keine Stoffe mit besonders besorgniserregenden Eigenschaften enthalten, die in der jeweils aktuellen REACH-Kandidatenliste aufgeführt sind. Falls Stoffe mit besonders besorgniserregenden Eigenschaften in einer Konzentration von mehr als 0,1 % enthalten sein, wird der Auftragnehmer uns unverzüglich informieren.
9. Der Auftragnehmer hat nach amtlichem Muster eine Langzeit-Lieferantenerklärung gemäß den maßgeblichen EU-Vorschriften über Präferenzregelungen im Handel auszustellen und uns zu übersenden. Soweit noch nicht geschehen, ist uns die erste Langzeit-Lieferantenerklärung innerhalb von 14 Tagen nach Vertragsschluss unterschrieben vorzulegen. Mindestens zwei Wochen vor Ablauf der jeweiligen Geltungsdauer einer Langzeit-Lieferantenerklärung wird der Auftragnehmer uns unaufgefordert eine neue Langzeit-Lieferantenerklärung vorlegen. Befindet sich die Produktionsstätte des Auftragnehmers für die Ware nicht in einem Mitgliedstaat der EU, ist er verpflichtet, die entsprechenden Vertragsgegenstände mit einer Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 der zuständigen Zollbehörde oder einer Ursprungserklärung in die EU einzuführen. Der Auftragnehmer hat uns unverzüglich und unaufgefordert schriftlich zu informieren, wenn die Angaben in der Langzeit-Lieferantenerklärung, der Warenverkehrsbescheinigung EUR.1 oder dem Ursprungszeugnis für die Produkte nicht mehr zutreffen. Entsteht uns durch die Nichterfüllung dieser Verpflichtungen oder durch falsche Angaben des Auftragnehmers ein Schaden (auch Personalkosten), hat der Auftragnehmer uns diesen Schaden zu ersetzen. Dies gilt nicht, wenn der Auftragnehmer die Nichterfüllung oder die falschen Angaben nicht zu vertreten hat.

V. Versand

1. Der Versand der Ware erfolgt DAP (INCOTERMS 2020) zum in der Bestellung angegebenen Ort. Evtl. Rücksendungen der Ware, aufgrund von aus dem Verantwortungsbereich des Auftragnehmers stammenden Gründen, erfolgen auf Kosten und Gefahr des Auftragnehmers.
2. Wir sind berechtigt, die Annahme von Sendungen zu verweigern, wenn uns am Tag des Eingangs keine ordnungsgemäßen Versandpapiere vorliegen, insbesondere unsere Bestellbezeichnungen und -nummern nicht oder unvollständig aufgeführt sind, ohne dass wir dadurch in An- oder Abnahmeverzug geraten. Die aus der Annahmeverweigerung resultierenden Kosten trägt der Auftragnehmer. Zu den Versandpapieren zählt ein ausführlicher Lieferschein mit exakter Bezeichnung der Abteilung, die den Auftrag erteilt hat, sowie mit Datum der Bestellung. Bei Express- und Eilgutsendungen sowie bei Postpaketen ist der Ware ein Lieferschein in verschlossenem Umschlag beizufügen.

3. Die Verpackung der Ware erfolgt auf Kosten des Auftragnehmers. Haben wir ausnahmsweise die Übernahme der Verpackungskosten zugesagt, so tragen wir diese nur in Höhe des Selbstkostenpreises des Materials.

VI. Rechnungserteilung, Zahlung

1. Über jede Lieferung ist eine Rechnung getrennt von der Warensendung an unsere Abteilung Rechnungsprüfung einzureichen. Die Rechnung muss im Wortlaut mit unseren Bestellbezeichnungen übereinstimmen und unsere Bestellnummer enthalten. Die exakte Bezeichnung der Abteilung, die den Auftrag erteilt hat, und das Datum der Bestellung sind anzuführen.
2. Zahlungen leisten wir nach unserer Wahl nach 14 Tagen unter Abzug von 3 % Skonto oder nach 30 Tagen ohne Abzug.
3. Die in Ziffer VI.2. genannten Zahlungsfristen beginnen mit Eingang ordnungsgemäßer Versandpapiere (V.2.) oder einer ordnungsgemäßen prüfbaren Rechnung (VI.1.) oder mit der Ablieferung ordnungsgemäßer Ware, je nachdem, welches Datum das spätere ist.
4. Nicht ordnungsgemäße Versandpapiere oder Rechnungen sowie mangelhafte Lieferungen hindern den Lauf der Zahlungsfrist und können von uns jederzeit zurückgesandt werden. In diesen Fällen beginnt die Zahlungsfrist erst zu laufen nach Abschluss der Rechnungsprüfung durch uns oder mit Eingang ordnungsgemäßer Versandpapiere oder Rechnungen bzw. mit ordnungsgemäßer Vertragserfüllung. Der Auftragnehmer hat diesen Beginn der Zahlungsfrist in seiner Mahnevidenz zu beachten.
5. Wird der Vertrag – aus welchen Gründen auch immer – hinfällig, aufgelöst oder rückabgewickelt, so sind von uns geleistete Zahlungen unbeschadet weiterer Ansprüche entsprechen der gesetzlichen Vorschriften zu verzinsen. Ausländische Auftragnehmer haben – unabhängig von zwischenzeitlich eingetretenen Änderungen des Wechselkurses – den von uns geleisteten Euro-Zahlungsbetrag zuzüglich der gesetzlichen Zinsansprüche in Euro zurückzubezahlen.

VII. Zurückbehaltung, Aufrechnung, Abtretung

1. Die Geltendmachung eines Zurückbehaltungsrechts gegen unsere Forderungen und die Aufrechnung mit Gegenforderungen ist nur zulässig, wenn die dem Zurückbehaltungsrecht zugrunde liegenden Gegenansprüche bzw. die aufgerechneten Gegenforderungen unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind.
2. Der Auftragnehmer darf seine Rechte aus diesem Vertrag nur mit unserer schriftlichen Zustimmung übertragen; dies gilt nicht für Geldforderungen, die durch ein beiderseitiges Handelsgeschäft begründet wurden.

VIII. Gewährleistung, Haftung

1. Die Ware muss die vereinbarten Leistungen erbringen und in Ausführung und Material dem neuesten Stand der Technik, den anwendbaren Unfallverhütungsvorschriften sowie unseren Bestellunterlagen und der vereinbarten Beschaffenheit entsprechen. Ferner muss die Ware sich für die in der Bestellung oder Auftragsbestätigung vorausgesetzte, sonst für die gewöhnliche Verwendung eignen und eine Beschaffenheit aufweisen, die bei Sachen der gleichen Art üblich ist und die wir nach der Art der Ware erwarten können.

2. Der Auftragnehmer haftet dafür, dass im Zusammenhang mit seiner Lieferung keine Rechte Dritter (insbesondere Patente, Gebrauchsmuster, Geschmacksmuster, Urheberrechte oder andere Rechte) verletzt werden; dies gilt nicht, wenn der Auftragnehmer die Verletzung der Rechte eines Dritten nicht zu vertreten hat. Diese Haftung gilt für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sowie die Schweiz und die USA. Wir sind unsererseits nicht verpflichtet, Untersuchungen anzustellen, ob Schutzrechte Dritter bestehen. Werden wir von dritter Seite wegen der Verletzung solcher Rechte in Anspruch genommen, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, ist der Auftragnehmer verpflichtet, auf erstes schriftliches Anfordern uns von allen Ansprüchen Dritter freizustellen und uns sämtliche daraus resultierenden Schäden, Kosten und Aufwendungen zu ersetzen; hierzu gehört auch die Abwehr drohender Ansprüche und Maßnahmen Dritter. Die Haftung des Auftragnehmers umfasst auch sämtliche Schäden, insbesondere Folgeschäden infolge von Lieferengpässen und Produktionsstörungen und die angemessenen Kosten einer notwendigen Rechtsverteidigung. Diese Verpflichtung des Auftragnehmers gilt nicht, soweit das Recht oder der Anspruch des Dritten sich daraus ergeben, dass der Auftragnehmer die Liefergegenstände nach technischen Zeichnungen, Entwürfen, Formeln oder Angaben hergestellt hat, die durch uns vorgegeben waren.
3. Ist die Ware mangelhaft, können wir nach unserer Wahl Beseitigung des Mangels oder Lieferung einer mangelfreien Ware verlangen. Gemäß der gesetzlichen Regelungen sind wir berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten, den Kaufpreis zu mindern und Schadensersatz oder Ersatz vergeblicher Aufwendungen zu verlangen.
4. Wir sind berechtigt, ohne vorherige Mitteilung an den Auftragnehmer, Mängel auf Kosten des Auftragnehmers selbst zu beseitigen oder beseitigen zu lassen, wenn dies erforderlich ist, um akute Gefahren abzuwenden oder erhebliche Schäden durch Unterbrechungen unseres Betriebsablaufes zu vermeiden. Dies gilt nur, wenn es aufgrund dieser Umstände nicht mehr möglich ist, den Auftragnehmer zu unterrichten und ihm eine Frist zur eigenen Abhilfe zu setzen. Darüber hinaus sind wir berechtigt, die Mängelbeseitigung auf Kosten des Auftragnehmers selbst vorzunehmen, wenn der Auftragnehmer mit der Nacherfüllung in Verzug ist oder diese verweigert.
5. Die Annahme und/oder Bezahlung der gelieferten Ware durch uns stellt auch dann keinen Verzicht auf Gewährleistungsrechte dar, wenn uns der Mangel im Zeitpunkt der Annahme der Ware und/oder der Bezahlung bekannt ist.
6. Wir werden die gelieferte Ware innerhalb angemessener Frist auf Qualitäts- oder Quantitätsabweichungen prüfen. Die Mängelrüge ist rechtzeitig, sofern sie innerhalb einer Frist von 14 Arbeitstagen nach durchgeführter Überprüfung beim Auftragnehmer eingeht; bei erkennbaren Mängeln beginnt die 14-Tagesfrist mit Erhalt der Liefergegenstände, bei verdeckten Mängeln mit Entdeckung des Mangels. Wenn wir und der Auftragnehmer eine Qualitätssicherungsvereinbarung abgeschlossen haben, gehen Regelungen der Qualitätssicherungsvereinbarung vor.
7. Die Verjährungsfrist für Gewährleistungsansprüche und die Frist für den Rücktritt und das Minderungsrecht beträgt 36 Monate und beginnt mit der Ablieferung der Liefergegenstände an uns. Soweit im Einzelfall das Gesetz längere Verjährungsfristen vorsieht, gelten diese. Bei Ersatzlieferung und Mängelbeseitigung im Rahmen der Gewährleistung beginnt die Verjährungsfrist für ersetzte und nachgebesserte Teile erneut.

IX. Produkthaftpflicht, Freistellung, Haftpflichtversicherung

1. Soweit der Auftragnehmer, insbesondere unter Berücksichtigung einer abgeschlossenen Qualitätssicherungsvereinbarung, für einen Schaden verantwortlich ist, ist er verpflichtet, uns insoweit von Schadensersatzansprüchen Dritter auf schriftliches Anfordern freizustellen und im übrigen uns insoweit den gesamten Schaden zu ersetzen, als die Ursache in seinem Herrschafts- und Organisationsbereich gesetzt ist oder der Auftragnehmer im Außenverhältnis selbst haftet. Es gelten die gesetzlichen Regelungen des Gesamtschuldnerausgleichs entsprechend. Unsere Ansprüche und insbesondere der Freistellungsanspruch verjähren frühestens drei Monate nach dem Zeitpunkt, in dem die gegen uns geltend gemachten Ansprüche verjähren.
2. In diesem Rahmen ist der Auftragnehmer auch verpflichtet, etwaige Aufwendungen an uns zu erstatten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer von uns durchgeführten Rückrufaktion ergeben. Über Inhalt und Umfang der durchzuführenden Rückrufmaßnahmen werden wir den Auftragnehmer - soweit möglich und zumutbar - unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben.
3. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, eine Betriebs- und Produkthaftpflichtversicherung und eine Rückrufkostenversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens € 10 Mio. pro Jahr und einer Deckungssumme von jeweils mindestens € 5 Mio. pro Schadensfall pauschal für Personenschäden / Sachschäden (Produkthaftpflichtversicherung) bzw. pro Schadensfall pauschal für Rückrufkosten (Rückrufkostenversicherung) zu unterhalten und uns dies durch Übergabe einer Versicherungsbestätigung des Versicherers bei Vertragsabschluss oder während der Vertragslaufzeit auf Anfrage von uns nachzuweisen. Der Auftragnehmer tritt seine gegen seinen Produkthaftpflichtversicherer bzw. gegen seinen Rückrufkostenversicherer bestehenden Ansprüche bereits jetzt an uns im Umfang seiner Verpflichtung ab. Wir nehmen die Abtretung bereits hiermit an. Stehen uns weitergehende Schadensersatzansprüche zu, so bleiben diese unberührt.

X. Durchführung von Arbeiten in unseren Werken

Personen, die in Erfüllung des Vertrages Arbeiten innerhalb eines unserer Werke ausführen, haben die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen sowie die jeweilige Kärcher Betriebsordnung zu beachten; bei Zuwiderhandlungen übernehmen wir keine Haftung für Unfälle, die in unserem Herrschaftsbereich entstanden sind, es sei denn, wir haben den Unfall vorsätzlich oder grob fahrlässig verschuldet. Die für das Betreten und Verlassen unserer Werke bestehenden Vorschriften sind einzuhalten.

XI. Zeichnungen, Modelle, Werkzeuge

1. Zeichnungen, Modelle, Werkzeuge, Muster, Arbeitsunterlagen und dergleichen, die wir dem Auftragnehmer zur Verfügung stellen oder bezahlen, bleiben bzw. werden unser Eigentum. Eine etwa erforderliche Besitzübertragung wird dadurch ersetzt, dass der Auftragnehmer die Sachen für uns unentgeltlich mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns verwahrt. Soweit zwischen uns und dem Auftragnehmer ein Werkzeughleihvertrag besteht, gilt dieser vorrangig.
2. Der Auftragnehmer darf die in Ziff. XI. 1 genannten Gegenstände ohne unsere ausdrückliche schriftliche Genehmigung Dritten weder zur Einsicht überlassen noch anderweitig zugänglich machen noch vervielfältigen. Dies gilt auch für Unterlagen, die wir für Druckaufträge zur Verfügung stellen. Die nach den Unterlagen hergestellten Gegenstände dürfen ohne unsere aus-

drückliche schriftliche Genehmigung nicht an Dritte geliefert werden.

3. Nach Beendigung des Auftrags sind die Gegenstände ohne besondere Aufforderung kostenlos an uns zurückzusenden.

XII. Beistellware, Eigentumsvorbehalt

1. Material, das wir zur Durchführung unserer Aufträge bereitstellen, bleibt unser Eigentum. Es ist sofort nach der Annahme durch den Auftragnehmer ausdrücklich als unser Eigentum zu kennzeichnen und gesondert von gleichem oder ähnlichem Material zu lagern. Es darf nur im Rahmen der vorgesehenen Fertigung verwendet werden; darüber hinaus darf über das Material in keiner anderen Weise verfügt werden.
2. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, bei Eingang der Beistellware diese auf Qualitäts- oder Quantitätsabweichungen zu überprüfen und mangelhafte Beistellware nicht zu verarbeiten. Sofern zwischen uns und dem Auftragnehmer eine Qualitätssicherungsvereinbarung besteht, ist diese zu beachten. Qualitäts- oder Quantitätsabweichungen sind uns unverzüglich mitzuteilen. Der Auftragnehmer haftet für einen Schaden, der uns wegen der Verletzung dieser Verpflichtungen entsteht. Das Recht des Auftragnehmers nachzuweisen, dass Qualitäts- oder Quantitätsabweichungen der Beistellware für ihn nicht erkennbar waren, oder dass uns kein Schaden entstanden ist, bleibt unberührt.
3. Das zukünftige Eigentum an einer durch die Verarbeitung unseres Materials entstandenen neuen Sache überträgt der Auftragnehmer bereits jetzt auf uns. Bei Verarbeitung, Verbindung oder Vermischung unseres Materials mit anderen Sachen überträgt uns der Auftragnehmer bereits jetzt Miteigentum an der neuen Sache im Verhältnis des Wertes unseres Materials zum Wert des anderen Materials. Wir nehmen die Übertragung hiermit an. Die Besitzübergabe wird dadurch ersetzt, dass der Auftragnehmer für uns die Sache unentgeltlich mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns verwahrt.
4. Von einer bevorstehenden oder vollzogenen Pfändung sowie von jeder anderen Beeinträchtigung unserer Rechte hat der Auftragnehmer uns unverzüglich zu benachrichtigen.
5. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, das von uns beigestellte Material auf seine Kosten gegen alle üblichen Risiken zu versichern.

XIII. Geheimhaltung

1. Die Parteien sind verpflichtet, solche Informationen während und auch nach Beendigung der Zusammenarbeit geheim zu halten, die ihnen im Zuge der vertraglichen Zusammenarbeit bekannt werden und den Betrieb der anderen jeweiligen Partei (nachstehend: die "Offenlegende Partei") betreffen, sofern diese die jeweilige Information als geheim bezeichnet oder an deren Geheimhaltung ein offenkundiges Interesse hat (nachstehend "Vertrauliche Informationen").
2. Die Geheimhaltungspflicht besteht nicht, wenn die jeweilige Vertrauliche Information nachweislich
 - a) zum Zeitpunkt des Empfangs durch die andere Partei, die die Vertraulichen Informationen erhält (nachstehend "Empfangende Partei"), bereits öffentlich zugänglich ist oder zu einem späteren Zeitpunkt ohne Verletzung einer Geheimhaltungspflicht öffentlich zugänglich wird,

- b) der Empfangenden Partei bereits vor dem Empfang bekannt war oder von einem zur Weitergabe berechtigten Dritten bekanntgegeben wurde,
- c) von der Empfangenden Partei unabhängig von der Vertraulichen Information, ohne Verletzung der Verpflichtung zur Wahrung der Vertraulichkeit, ohne Zutun der Offenlegenden Partei und ohne Verwertung anderer, durch den vertraglichen Kontakt erlangten Informationen oder Kenntnisse selbständig entdeckt oder entwickelt wird, oder
- d) aufgrund zwingender gesetzlicher Bestimmungen oder Gerichtsbeschlüsse offenzulegen sind, allerdings nur, soweit diese zwingenden gesetzlichen Bestimmungen oder Gerichtsbeschlüsse dies erfordern.

Die Empfangende Partei trägt die Beweislast für das Bestehen einer der vorgenannten Ausnahmen.

- 3. Die Parteien werden durch die Einführung und Umsetzung geeigneter Maßnahmen (einschließlich vertraglicher Regelungen) sicherstellen, dass den für sie tätigen Arbeitnehmern und Beauftragten, insbesondere ihren freien Mitarbeitern und den für sie tätigen Werkunternehmern sowie Dienstleistern, (nachstehend "Berechtigte Mitarbeiter") nur solche Vertraulichen Informationen bekannt werden, die sie für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen, insbesondere der Konstruktion und Herstellung der Waren, benötigen. Insbesondere stellen die Parteien sicher, dass die Berechtigten Mitarbeiter jede eigene unbefugte Verwertung, Weitergabe oder Aufzeichnung solcher Vertraulichen Informationen unterlassen. Darüber hinaus werden die Parteien geeignete Maßnahmen ergreifen, um die Geheimhaltung der Vertraulichen Informationen zu gewährleisten sowie um die Offenlegung an andere als die Berechtigten Mitarbeiter und jede unbefugte Entgegennahme und Nutzung durch Dritte zu verhindern.
- 4. Die jeweilige Offenlegende Partei behält das Eigentum an allen technischen, Vertriebs- und sonstigen Informationen, die sie der Empfangenden Partei in Ausführung der Zusammenarbeit zur Verfügung gestellt hat. Nach Vertragsbeendigung sind alle Unterlagen und gefertigte Vervielfältigungen unverzüglich von der Empfangenden Partei auf schriftliche Anforderung (auch per Email, Telefax oder in anderer Textform) an die Offenlegende Partei herauszugeben oder zu zerstören, vorbehaltlich etwaiger zwingender gesetzlicher Bestimmungen oder Gerichtsbeschlüsse.
- 5. Haben die Parteien bereits Geheimhaltungsvereinbarungen abgeschlossen, so gelten diese Geheimhaltungsvereinbarungen weiter. Sollte eine Bestimmung einer solchen bestehenden Geheimhaltungsvereinbarung im Widerspruch zu den Bestimmungen dieser Einkaufsbedingungen stehen, haben die Bestimmungen der Geheimhaltungsvereinbarung Vorrang.
- 6. Die Empfangende Partei wird ohne vorherige schriftliche Zustimmung der Offenlegenden Partei davon absehen, eine Ware oder ein Objekt, das sie von der Offenlegenden Partei erhalten oder in irgendeiner Weise erlangt hat, zu überwachen, zu untersuchen, zu zerlegen oder zu testen (einschließlich aller Versuche, dies zu tun), um auf diese Weise Informationen der Offenlegenden Partei zu erhalten, die der oben beschriebenen Geheimhaltungspflicht unterliegen, es sei denn, diese Ware oder das Objekt wurde der Öffentlichkeit von der Offenlegenden Partei zur Verfügung gestellt oder die Offenlegende Partei hat zuvor ihre Zustimmung erteilt.

XIV. Compliance

- 1. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Sorgfaltspflichten des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) in seiner jeweils gültigen Fassung (aktuelle Fassung verfügbar hier: https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBl&jumpTo=bgbl121s29

[59.pdf#_bgbl_%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl121s2959.pdf%27%5D_1670586364190](#)) zu erfüllen. Dies gilt auch dann, wenn der Auftragnehmer selbst nicht in den Anwendungsbereich des LkSG fällt.

- a) Die Sorgfaltspflichten erfassen insbesondere die Einrichtung eines Risikomanagements, die Durchführung von Risikoanalysen, das Ergreifen von Präventions- und Abhilfemaßnahmen und die Einrichtung eines Beschwerdeverfahrens.
 - b) Die Sorgfaltspflichten beziehen sich auf menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken, insbesondere auf Kinderarbeit, Zwangsarbeit, Missachtung der Pflichten des Arbeitsschutzes und der Koalitionsfreiheit, Ungleichbehandlung in Beschäftigung, das Vorenthalten eines angemessenen Lohns sowie Verwendung von Quecksilber, persistenten organischen Schadstoffen und gefährliche Abfälle.
2. Der Auftragnehmer hat sich darum zu bemühen, seine Unterlieferanten und Unterauftragnehmer in gleichem Umfang zu verpflichten.
 3. Der Auftragnehmer räumt uns das Recht ein, einmal pro Jahr und außerdem bei entsprechendem Anlass Schulungen und Weiterbildungen der Beschäftigten des Auftragnehmers zur Durchsetzung der Verpflichtungen nach Ziffern XIV. 1. und 2. durchzuführen. Der Auftragnehmer wird dafür Sorge tragen, dass seine Beschäftigten an den Schulungen und Weiterbildungen teilnehmen. Wir können die Schulung oder Weiterbildung selbst oder durch einen Dritten durchführen.
 4. Wir sind berechtigt, durch eigene Mitarbeiter oder Dritte mittels Audits vor Ort und/oder anderer geeigneter Maßnahmen einmal pro Jahr und außerdem bei entsprechendem Anlass zu überprüfen, ob der Auftragnehmer die Verpflichtungen nach Ziffern XIV. 1. und 2. erfüllt. Die Kosten für das Audit trägt der Auftragnehmer. Der Auftragnehmer hat angemessenen Zugang zu den relevanten Bereichen und Dokumenten zu gewähren. Soweit nicht anders vereinbart, darf die Überprüfung nur während der Geschäftszeiten des Auftragnehmers stattfinden und die Geschäftsabläufe des Auftragnehmers nicht beeinträchtigen. Wir werden dem Auftragnehmer die Durchführung des Audits mit einer angemessenen Frist vorher ankündigen.
 5. Ein entsprechender Anlass im Sinne von Ziffer XIV. 3. und 4. liegt vor, wenn wir mit einer wesentlich veränderten oder wesentlich erweiterten Risikolage beim Auftragnehmer oder bei dessen Unterlieferanten oder Unterauftragnehmern rechnen müssen.
 6. Soweit nicht gesetzliche Pflichten zur Offenlegung bestehen, haben die Parteien Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der jeweils anderen offenlegenden Partei zu wahren und die im konkreten Fall anwendbaren Bestimmungen zum Datenschutz einzuhalten sowie Dritte, die die jeweilige empfangende Partei beauftragt, entsprechend zu verpflichten.
 7. Verstößt der Auftragnehmer gegen eine Verpflichtung nach Ziffer XIV. 1. und/oder 2., so können wir dem Auftragnehmer eine angemessene Frist zur Beendigung des Verstoßes und/oder zur sonstigen Abhilfe setzen. Die Frist beträgt mindestens vier Wochen, es sei denn, zum Schutz des Lebens, des Körpers oder der Ge-

sundheit eines Menschen ist eine kürzere Frist geboten. Wenn der Auftragnehmer nicht innerhalb der Frist den Verstoß beendet oder sonstige Abhilfe leistet und gegenüber uns entsprechende Nachweise dafür erbringt, können wir den Vertrag mit sofortiger Wirkung kündigen. Dies gilt auch dann, wenn der Auftragnehmer eine Schulung oder Weiterbildung nach Ziffer XIV. 3. oder eine Überprüfung nach Ziffer XIV. 4 verweigert, vereitelt oder behindert und nach Aufforderung durch uns nicht unverzüglich in vollem Umfang ermöglicht. Dem Auftragnehmer stehen keine Vergütungs-, Schadensersatz- oder sonstigen Ansprüche aus oder im Zusammenhang mit einer solchen Kündigung zu.

8. Ungeachtet der Regelung in Ziffer XIV. 7. können wir mit sofortiger Wirkung den Vertrag kündigen und die gesamte Geschäftsbeziehung zum Auftragnehmer abbrechen, wenn
 - a) die Verletzung einer geschützten Rechtsposition oder einer umweltbezogenen Pflicht als sehr schwerwiegend bewertet wird,
 - b) die Umsetzung der im Konzept erarbeiteten Maßnahmen nach Ablauf der im Konzept festgelegten Zeit keine Abhilfe bewirkt,
 - c) uns keine anderen mildereren Mittel zur Verfügung stehen und
 - d) eine Erhöhung des Einflussvermögens nicht aussichtsreich erscheint(§ 7 Abs. 3 des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG)). Dem Auftragnehmer stehen keine Vergütungs-, Schadensersatz- oder sonstigen Ansprüche aus oder im Zusammenhang mit einer solchen Kündigung zu.
9. Verstößt der Auftragnehmer gegen eine Verpflichtung nach Ziffer XIV. 1. und/oder 2., so können wir Ersatz der hierdurch entstehenden Schäden und Aufwendungen verlangen, es sei denn, der Auftragnehmer hat den Verstoß und den daraus entstehenden Schaden nicht verschuldet.
10. Der Auftragnehmer sichert zu, dass seine geschäftliche Tätigkeit in Übereinstimmung mit den für ihn geltenden (i) gesetzlichen, (ii) sonstigen rechtlichen Bestimmungen sowie (iii) den mit uns getroffenen vertraglichen Vereinbarungen steht. Der Auftragnehmer sichert zudem zu, dass er in seinem Unternehmen ausreichende organisatorische Maßnahmen ergriffen hat, um die Einhaltung der in vorstehendem Satz 1 beschriebenen Anforderungen sicherzustellen.

XV. Embargos und Sanktionen

1. Der Auftragnehmer sichert zu, keine „Sanktionierte Person“ zu sein, das heißt,
 - a) nicht selbst gelistet zu sein
 - in der konsolidierten Sanktionsliste des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen,
 - in der konsolidierten Liste der Personen, Vereinigungen und Körperschaften, gegen die finanzielle Sanktionen der EU verhängt wurden, oder

- in Sanktionslisten der US-Regierung, (aa) soweit diese Sanktionslisten nicht auf wirtschaftlichen Sanktionsmaßnahmen beruhen die im Anhang der Verordnung (EG) Nr. 2271/96 (in der jeweils gültigen Fassung) aufgeführt sind und/oder (bb) soweit die Einhaltung der US-Sanktionslisten nicht im Widerspruch zu einschlägigen nationalen Anti-Boycott-Bestimmungen steht,
- b) nicht im Eigentum oder unter der Kontrolle einer solchermaßen gelisteten Person, Vereinigung oder Körperschaft zu stehen und
- c) nicht einem allgemeinen Geschäftsverbot der Europäischen Union zu unterliegen (vgl. etwa Art. 5aa Verordnung (EU) Nr. 833/2014).

Der Auftragnehmer wird uns unverzüglich informieren, wenn er weiß oder Anlass für den Verdacht hat, dass die vorstehende Bestätigung nicht mehr zutreffend ist.

2. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine vertraglichen Verpflichtungen uns gegenüber stets in strikter Übereinstimmung mit den in der Europäischen Union und den national geltenden Import- und Exportkontrollvorschriften (einschließlich Sanktionen und Embargos) zu erfüllen. Dies umfasst insbesondere folgende Verpflichtungen:
 - a) Der Auftragnehmer wird keine Ware an uns liefern, die direkt oder indirekt von Sanktionierten Personen bezogen wurden.
 - b) Der Auftragnehmer wird keine Ware an uns liefern, die einem Einfuhrverbot nach den Gesetzen und Vorschriften der EU oder den national geltenden Gesetzen und Vorschriften (in ihrer jeweils gültigen Fassung) unterliegen. Dies schließt ausdrücklich, aber nicht ausschließlich, Waren ein, die ihren Ursprung in Russland haben oder aus Russland ausgeführt wurden und in den einschlägigen Anhängen der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 (in der jeweils gültigen Fassung) aufgeführt sind, einschließlich der in Anhang XVII der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 aufgeführten Eisen- und Stahlerzeugnisse („gelistete Eisen- und Stahlerzeugnisse“), die gelistete Eisen- und Stahlerzeugnisse mit Ursprung in Russland enthalten.
 - c) Der Auftragnehmer wird sich nicht an Tätigkeiten beteiligen, die die Umgehung von Einfuhrverboten nach den Gesetzen und Vorschriften der EU oder den national geltenden Gesetzen und Vorschriften (in ihrer jeweils gültigen Fassung) bezwecken oder bewirken.
3. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, auf erstes Anfordern von uns und/oder der jeweiligen Exportkontroll-, Zoll- oder sonstigen zuständigen Behörde alle für die Überprüfung der Einhaltung der Zusicherungen und Verpflichtungen in den Ziffern XV.1.–2. zur Verfügung zu stellen. Dies umfasst unter anderem Informationen zur Eigentümer-, Gesellschafter- und Kontrollstruktur des Auftragnehmers und seiner Zulieferer sowie Informationen, Unterlagen und/oder Bescheinigungen, die zum Nachweis des Ursprungslandes der Ware erforderlich sind. Sofern Einfuhrverbote nicht ausschließlich an den Ursprung der Ware anknüpfen, sondern darüber hinaus auch an für die Verarbeitung der Ware in einem Drittland verwendeten Vormaterialien (wie dies etwa bei gelistete Eisen- und Stahlerzeugnissen der Fall ist), erstreckt sich die vorgenannte Verpflichtung auch auf diese Vormaterialien.
4. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, uns von allen Schäden, Verlusten, Strafzahlungen, Verbindlichkeiten, Kosten und Zinsen gleich ob diese aus zivil-, straf- oder öffentlich-rechtlichen Ansprüchen und/oder Gesetzen oder Verordnungen folgen freizustellen, die uns dadurch entstehen, dass der Auftragnehmer die Verpflichtungen in

Ziffern XV.1.–3. nicht einhält, es sei denn, die Nichteinhaltung und der daraus resultierende Schaden beruhen nicht auf einem Verschulden des Auftragnehmers.

5. Der Auftragnehmer sichert zu, dass er in seinem Unternehmen ausreichende organisatorische Maßnahmen getroffen hat, um die Einhaltung der vorgenannten Anforderungen zu gewährleisten.

XVI. Erfüllungsort, Gerichtsstand, Rechtswahl

1. Erfüllungsort ist der Ort, an dem nach unseren Angaben die Ware abzuliefern oder die Leistung zu erbringen ist. Zahlungsort ist Winnenden.
2. Ist der Auftragnehmer Kaufmann, ist Stuttgart („Stuttgart-Mitte“) als Gerichtsstand vereinbart. Wir sind jedoch berechtigt, den Auftragnehmer auch an seinem Sitz zu verklagen.
3. Hat der Auftragnehmer seine Niederlassung in Deutschland, so gilt ausschließlich deutsches Recht. Hat der Auftragnehmer seine Niederlassung nicht in Deutschland, so gilt das UN-Kaufrecht (CISG); es gilt auch dann, wenn die Niederlassung des Auftragnehmers sich in keinem Vertragsstaat des UN-Kaufrechts befindet. Ergänzend hierzu gilt ausschließlich deutsches Recht unter Ausschluss der Verweisungsnormen des deutschen Internationalen Privatrechts.

XVII. Salvatorische Klausel

Die Unwirksamkeit oder Undurchführbarkeit einer oder mehrerer Regelungen dieser Einkaufsbedingungen lässt die Wirksamkeit der übrigen Regelungen dieser Einkaufsbedingungen unberührt. Dasselbe gilt für den Fall, dass diese Einkaufsbedingungen eine an sich notwendige Regelung nicht enthalten. Als Ersatz für die unwirksame oder undurchführbare Regelung werden die Parteien die gesetzlich zulässige und durchführbare Regelung vereinbaren, die dem Sinn und Zweck der unwirksamen oder undurchführbaren Regelung wirtschaftlich am nächsten kommt. Sollten diese Einkaufsbedingungen unvollständig sein, werden die Parteien eine Vereinbarung mit dem Inhalt treffen, auf den sie sich im Sinne dieser Einkaufsbedingungen geeinigt hätten, wenn die Regelungslücke bei Vertragsschluss bekannt gewesen wäre.

XVIII. UN-Kaufrecht

Immer dann, wenn UN-Kaufrecht zur Anwendung kommt, gilt ergänzend zu den obigen Bestimmungen Folgendes:

1. Statt Ziffer VIII.3. gilt folgende Regelung:

Ist die Ware vertragswidrig, so können wir nach unserer Wahl Ersatzlieferung oder Nachbesserung verlangen. Wir haben stattdessen auch das Recht, den Kaufpreis nach Art. 50 UN-Kaufrecht herabzusetzen. Weiterhin haben wir auch das Recht, die Aufhebung des Vertrages zu verlangen; ist die Vertragsverletzung wesentlich, ist die Setzung einer Nachfrist nach Art. 47 Abs. 1 UN-Kaufrecht entbehrlich. Wenn die von uns verlangte Nachbesserung fehlgeschlagen ist, steht uns gleichwohl ein Recht auf Vertragsaufhebung, verhältnismäßige Herabsetzung des Kaufpreises oder Ersatzlieferung zu. Zusätzlich zu vorgenannten Rechtsbehelfen können wir auch Schadensersatz verlangen. Das Recht, Schadensersatz zu verlangen, verlieren wir nicht dadurch, dass wir andere Rechtsbehelfe ausüben.

2. Statt Ziffer VIII.6. gilt folgende Regelung:

Wir werden die gelieferte Ware innerhalb angemessener Frist auf Qualitäts- oder Quantitätsabweichungen prüfen. Die Anzeige der Vertragswidrigkeit ist rechtzeitig, sofern sie innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Feststellung, spätestens jedoch 2 Jahre nach Übergabe der Ware an uns, beim Auftragnehmer eingeht. Sofern zwischen uns und dem Auftragnehmer eine Qualitätssicherungsvereinbarung besteht, gelten die dortigen Bestimmungen zur Untersuchungs- und Rügepflicht.

Terms and Conditions of Purchase
of
Alfred Kärcher SE & Co. KG
Alfred-Kärcher-Straße 28-40, 71364 Winnenden, Germany

as of July 2024

I. Validity

1. These Terms and Conditions of Purchase (hereinafter "Terms and Conditions of Purchase") apply to all agreements between Alfred-Kärcher SE & Co. KG and the respective ordering companies of the KÄRCHER Group (hereinafter "We") with companies (hereinafter "Supplier") concerning the delivery or manufacture of production material, non-production material and other items and delivery items as well as the provision of services (together: "Goods") by the Supplier. The Terms and Conditions of Purchase do not apply to consumers.
2. Our Terms and Conditions of Purchase (below) apply exclusively. We do not accept any terms and conditions of the Supplier unless We have expressly consented to them in writing. Our Terms and Conditions of Purchase apply even if We accept deliveries without reservation despite being aware of conflicting or deviating terms and conditions of the Supplier.
3. Deviations from and additions to these Terms and Conditions of Purchase are only valid with our express written confirmation and apply only to the respective agreement for which they were agreed.
4. The version of our Terms and Conditions of Purchase which applies is the version which is valid at the time of our order and constitutes a framework agreement which also applies to any later contracts within the meaning of subsection I. 1. with the same Supplier without it being necessary for us to refer to them again.

II. Conclusion of contract

Our orders are only binding if We have placed them in writing, by email or by fax. Verbal orders or verbal orders by phone as well as any additions or changes to an order are only valid if We confirm them in writing, by email or by fax.

III. Prices

The agreed prices are fixed prices inclusive of all incidental costs, (e.g. proper packaging, transport, insurance of the Goods); in case of doubt, the price includes value added tax.

IV. Supplier's obligations

1. Delivery periods shall run from the date of our order.
2. Preparation of offers and price estimates and similar preparatory work by the Supplier are free of charge for us unless otherwise agreed in writing.
3. If there is a delay in delivery by the Supplier, We are entitled to demand 0.5% of the full price calculated on the basis of the order (including VAT) for each commenced week of default as

liquidated damages for losses caused by the delay up to a total of 5% of the order value (including VAT), without any proof of actual damage being required from us. The right of the Supplier to provide proof that no damage or that the damage incurred was substantially lower remains unaffected. Any other rights and claims to which We are entitled remain unaffected the liquidated damages for losses caused by the delay shall be set off against any claims for damages resulting from the delay.

4. If it is not possible for the Supplier to fulfil its contractual obligations on time or if the Supplier is unable to deliver in the agreed quality, it shall notify us without undue delay in writing, stating the reasons, and specify the expected delivery date and the deliverable quality. The Supplier shall compensate any damage resulting from the breach of this obligation. Our other rights and claims due to any delay in delivery remain unaffected.
5. If the ordered Goods have not yet been produced, We may demand changes to the construction and the design. The parties shall agree on an adjustment of the Supplier's remuneration should these changes lead to extra or reduced costs. If the parties are unable to come to an agreement, a third party-expert shall determine the adjusted remuneration. If the parties fail to agree on the person of the expert, the president of the Chamber of Commerce and Industry for the Stuttgart region shall make a decision. The parties shall each bear half of the expert's costs.
6. The Supplier shall undertake to comply with the Kärcher code of conduct for Business Partner (https://s1.kaercher-media.com/media/file/212014/2023-04-01_karcher_business-partner_codeofconduct_en.pdf) and the generally valid principles of the UN Global Compact (<https://www.unglobalcompact.org/>). The Supplier shall in particular ensure that children and adolescents are employed only in accordance with the rules of the International Labour Organization (ILO), the United Nations (UN) and national law. The Supplier shall impose this obligation on its suppliers.
7. The Supplier shall also undertake to institute all the necessary measures on time so that the parts and/or devices supplied to us satisfy the requirements of the EU directives on waste electrical and electronic equipment (WEEE) and on banned substances (currently applicable version of RoHS 2, Directive 2011/65/EU) as well as the corresponding national provisions in the Member States of the European Union. In particular, this applies to the labelling of devices, the avoidance of banned substances and the provision of information for disposal companies. If changes need to be made to the parts and/or devices to be supplied in order to comply with the said legal standards, the Supplier is obliged to obtain our written consent before making these changes. The Supplier shall also observe Kärcher standard KN 050.032 "Constituent substances", which We provide as a download online (<https://www.kaercher.com/int/inside-kaercher/company/supplier-area/download-area.html>)).
8. The Supplier undertakes to comply with all the statutory requirements resulting from the EU regulations concerning protection against chemicals (REACH) (in particular, the registration, notification and authorisation duties). The Supplier shall provide us with sufficient information as required pursuant to Art. 33 of Directive 1907/2006 EC (REACH Directive) for the safe use of the products pursuant to Art. 57 of the REACH Directive. If, as a consequence of REACH, any changes should ensue in the availability or use in accordance with the designated purpose of materials, components, groups of components, finished products or packaging or if action is required by us, the Supplier shall notify us hereof without undue delay. The Supplier shall also pass on the duties set out in this subsection to its suppliers. Should the Supplier be responsible for any damage resulting from the breach of one of the duties set out in this subsection, it is obliged to in this respect indemnify us against claims for damages by third parties upon initial request and to compensate us for any damage We have incurred. The materials, components, groups of components, finished products or packaging shall not contain any substances of very high concern (SVHC) listed in the current REACH candidate list. If SVHC should be present in a

concentration higher than 0.1%, the Supplier shall notify us without undue delay.

9. The Supplier shall issue and send us a long-term supplier's declaration which conforms with the official sample document pursuant to applicable EU provisions on preferential trade. Insofar as this has not yet occurred, the first long-term supplier's declaration must be signed and submitted to us within 14 days of the agreement being concluded. No later than two weeks before expiry of the respective period of validity of a long-term supplier's declaration the Supplier shall provide us with a new long-term supplier's declaration without awaiting a special request to do so. If the Supplier's manufacturing site for the Goods is not located in an EU Member State, the Supplier is required to import the corresponding contractual items into the EU with an EUR.1 movement certificate issued by the competent customs authority or with a declaration of origin. The Supplier must inform us in writing without undue delay and without awaiting a special request to do so if the information in the long-term supplier's declaration, the EUR.1 movement certificate or the declaration of origin is no longer correct for the products. If We suffer damage (including personnel costs) from failure to perform these obligations or false information from the Supplier, the Supplier must reimburse us for this damage. This shall not apply if the Supplier is not responsible for such failure to perform or the false information.

V. Shipping

1. Shipment of the Goods shall take place DAP (INCOTERMS 2020) to the place stipulated in the order. Any returns of Goods for reasons within the Supplier's scope of responsibility shall be at the Supplier's expense and risk.
2. We are entitled to refuse to accept shipments if proper shipping documents are not submitted to us on the day of delivery, especially if our order descriptions and numbers are not listed or not listed in full, without being in default of acceptance as a result. Costs incurred as a result of the refusal to accept shall be borne by the Supplier. The shipping documents shall include a detailed delivery note with an exact description of the department that issued the order and the date of the order. In the case of express and urgent shipments as well as postal parcels a delivery note in a sealed envelope shall be enclosed with the Goods.
3. Packaging of the Goods shall be carried out at the Supplier's expense. If, as an exception, We have agreed to bear the packaging costs, We shall bear them only in the amount of the cost price of the material.

VI. Invoicing, payment

1. For each delivery an invoice shall be submitted separately from the shipment of Goods to our invoice verification department. The wording of the invoice must correspond to our order descriptions and it must contain our order numbers. The exact description of the department that issued the order and the date of the order must be quoted.
2. We make payments at our discretion after 14 days with the deduction of 3% cash discount or after 30 days without deduction.
3. The terms of payment set out in subsection VI.2 commence upon receipt of the proper shipping documents (V.2.) or a proper verifiable invoice (VI. 1.) or upon delivery of the proper Goods, depending on which date is later.
4. Incorrect shipping documents or invoices as well as defective deliveries delay the course of the term of payment and may be returned by us at any time. In these cases, the term of payment

shall not start to run until We have completed invoice verification or until receipt of the proper shipping documents or invoices or proper performance of the contract. The Supplier shall take into account this commencement of the payment period in its evidence of our failure to pay.

5. If the contract becomes void or is terminated or reversed for whatever reason, interest in accordance with the statutory provisions shall be paid on the payments We have affected regardless of any further claims. Foreign Suppliers must - irrespective of any changes in the exchange rate that have occurred in the meantime - repay the Euro amount paid by us plus the statutory interest claims in Euros.

VII. Right of retention, offsetting, assignment

1. The assertion of a right of retention against our claims and offsetting against counterclaims is only permitted if the counterclaims on which the right of retention is based, or the offset counterclaims are undisputed or have been declared final and absolute by a competent court.
2. The Supplier may only assign its rights arising from this contract with our written consent; this does not apply to monetary claims arising from a commercial transaction on both sides.

VIII. Warranty, liability

1. The Goods must provide the agreed performance and in terms of design and material conform to the latest state of technology, comply with the applicable accident prevention regulations and correspond to our order documents and the agreed quality. Furthermore, the Goods must be suitable for the use designated in the order or order confirmation or otherwise for the usual application and have a quality that is customary for items of the same kind and which We can expect according to the type of Goods.
2. The Supplier shall be liable for ensuring that no rights of third parties (especially patents, utility models, design patents, copyrights or other rights) are infringed in connection with its delivery; this does not apply if the Supplier is not responsible for the infringement of the rights of a third party. This liability applies to all Member States of the European Union, other states party to the Agreement on the European Economic Area as well as Switzerland and the USA. For our part, We are not obliged to carry out investigations to ascertain whether any industrial property rights of third parties exist. If claims are asserted against us by a third party due to the infringement of such rights, for which the Supplier is responsible, the Supplier shall be obliged, on first written request, to indemnify us against all claims by third parties and to reimburse us for all resulting damage, costs and expenditure; this includes fending off impending claims and actions of third parties. The liability of the Supplier also includes all damage, especially consequential damage, resulting from supply shortages and production disruptions and the reasonable costs of a necessary legal defence. This obligation of the Supplier shall not apply in as far as the right or claim of the third party results from the fact that the Supplier has manufactured the delivery items in accordance with technical drawings, drafts, formulae or information provided by us.
3. If the Goods are defective, We may, at our discretion, demand the remedy of the defect or delivery of defect-free Goods. In accordance with the statutory provisions, We are entitled to rescind the contract, reduce the purchase price and demand compensation or reimbursement of futile expenditure.
4. We are entitled, without giving prior notice to the Supplier, to remedy defects ourselves or have them remedied at the Supplier's expense if this is necessary in order to avert acute danger or to prevent substantial damage due to interruptions to our operations. This only applies if it is no

longer possible, on account of such circumstances, to notify the Supplier and set it a deadline for remedying the defect itself. In addition, We shall be entitled to remedy the defect ourselves at the cost of the Supplier if the Supplier is in default with subsequent performance or refuses to provide subsequent performance.

5. The acceptance and/or payment of the delivered Goods by us does not constitute the waiving of warranty rights even if We are aware of the defect at the time of accepting and/or paying for the Goods.
6. We shall examine the delivered Goods for quality or quantity deviations within a reasonable period. The notification of defects is in due time provided it is received by the Supplier within 14 working days from when the Goods were inspected; for obvious defects the 14-day period commences on receipt of Goods, for latent defect when the defect is discovered. If We and the Supplier have concluded a quality assurance agreement, the provisions of the quality assurance agreement shall take precedence.
7. The limitation period for warranty claims and the time limit for rescission and the right of reduction is 36 months and begins when the Goods are delivered to us. If statute provides for longer limitation periods in individual cases, then they apply. In case of replacement delivery or remedying of defects in the context of warranty, the limitation period for replaced and remedied parts begins anew.

IX. Product liability, indemnity and third-party liability insurance

1. To the extent that the Supplier is responsible for product damage, in particular with regard to a concluded quality assurance agreement, it is required to indemnify us against compensation claims of third parties on written request and also to reimburse us in this respect for the entire damage if the cause lies in its sphere of control and organisation or the Supplier is itself liable to third parties. The statutory provisions on adjustments between joint and several debtors (*Gesamtschuldnerausgleich*) apply accordingly. Our claims and in particular the indemnification claim shall become statute-barred at the earliest three months after the date on which the claims asserted against us become statute-barred.
2. In this respect the Supplier is also obliged to reimburse us for any expenses resulting from or in connection with any recall actions carried out by us. We shall inform the Supplier of the content and scope of such recall measures – as far as possible and as far as can be reasonably expected – and give the Supplier the opportunity to comment.
3. The Supplier is obliged to maintain business and product liability insurance and recall action insurance with a cover amount of at least EUR 10 million flat rate per annum and a cover amount of at least EUR 5 million as a flat rate per occurrence for personal injury/damage to property (product liability insurance) and a flat rate per occurrence for recall costs (recall cost insurance) respectively and to provide us with proof thereof by handing over a written confirmation from the insurer that there is insurance cover at the time of conclusion of this agreement or during the term of this agreement if requested by us. The Supplier hereby assigns to us any current and future claims against its product liability insurer and its recall costs insurer respectively to the extent of its obligations. We herewith accept this assignment. If We are entitled to any further damages claims, they remain unaffected by this.

X. Work performed in our factories

Persons who perform work at one of our factories in fulfilment of the agreement have to comply with the relevant statutory provisions as well as the respective Kärcher company regulations; in the event of violations We do not accept any liability for accidents occurring within our sphere of control, unless We caused the accident with intent or through gross negligence. The existing regulations for entering and exiting our factories must be adhered to.

XI. Drawings, models, tools

1. Drawings, models, tools, samples, work documents and other documents that We make available to the Supplier or pay for shall remain or become our property. Any necessary transfer of possession shall be replaced by the Supplier storing the items for us free of charge with the diligence of a prudent businessperson. If and to the extent a tool loan agreement exists between us and the Supplier, this tool loan agreement takes precedence.
2. The Supplier may neither hand over for inspection nor otherwise make accessible nor duplicate the items specified in subsection XI. 1 without our express written consent. This also applies to documents that We provide for printing orders. The items produced according to the documents may not be supplied to third parties without our express written consent.
3. After completion of the order the items shall be returned to us free of charge without a special request.

XII. Material provided, retention of title

1. Material that We provide for the execution of our orders shall remain our property. It shall be labelled as our property immediately after the Supplier received them, and they shall be stored separately from identical or similar material. The material may only be utilised within the scope of the agreement and planned production and not in any other manner.
2. The Supplier shall check the provided material for quality and quantity deviations upon receipt and shall not process any defective material provided. If a quality assurance agreement exists between us and the Supplier, it must be observed and it takes precedence. We must be notified of any quality and quantity deviations without undue delay. The Supplier shall be liable for damage which We incur due to the breach of these obligations. The right of the Supplier to prove that it could not detect any quality or quantity deviations of the material provided or that We did not incur any damage remains unaffected.
3. The Supplier hereby already assigns to us the future title to a new item created as a result of the processing of our material. When processing, combining or blending our material with other items the Supplier hereby already assigns to us the joint title to the new item in proportion to the value of our material compared with the value of the other material. We hereby accept such assignment. The transfer of possession shall be replaced by the Supplier storing the item for us free of charge with the diligence of a prudent businessperson.
4. The Supplier shall notify us without undue delay of a forthcoming or completed pledge or any another impairment of our rights.
5. The Supplier is obliged to insure the material We provide against all the customary risks at its expense.

XIII. Confidentiality

1. The parties shall keep confidential any information which they become aware during their contractual cooperation and which relate to the business of the respective other party (hereinafter "Disclosing Party") provided the Disclosing Party has marked the respective information as confidential or has a clear interest in its being kept confidential (hereinafter "Confidential Information"). This obligation shall continue to apply once the contractual cooperation between the parties has ended.
2. There is no duty to observe confidentiality if the respective Confidential Information demonstrably
 - a) has been, at the time of the receipt by the other party receiving the Confidential Information (hereinafter "Receiving Party"), already in the public domain or enters the public domain at a later time without a duty to observe confidentiality being breached,
 - b) was already known to the Receiving Party before its receipt or if it was published by a third party entitled to do so,
 - c) is discovered or developed by the Receiving Party independently from the Confidential Information without a duty to observe confidentiality being breached and without the involvement of the Disclosing Party and without using any other information or knowledge obtained from the Disclosing Party, or
 - d) is to be disclosed based on mandatory statutory provisions or court order to the extent of such mandatory statutory provisions or court order as applicable.

The Receiving Party bears the burden of proof for any of the exceptions to apply.

3. The parties shall ensure by way of implementing and ensuring adequate measures (including contractual regulations) that only their respective employees and authorised third parties working on their behalf, in particular their freelance workers, contractors and service providers (hereinafter "Authorized Personnel") become aware of such Confidential Information that they need to know for the performance of their contractual obligations, in particular the construction and production of the Goods. In particular, the parties shall ensure that the Authorized Personnel shall refrain from any unauthorized use, forwarding or copying of Confidential Information. Moreover, the parties shall implement adequate measures to ensure confidentiality of the Confidential Information in order to avoid disclosure other than to the Authorized Personnel and any unauthorized receipt and use by any third party.
4. The respective Disclosing Party shall retain title in all technical, distribution and other information which it made available to the Receiving Party in connection with the contractual cooperation. Once the contractual cooperation has ended all documents and reproductions shall be returned by the Receiving Party to the Disclosing Party or destroyed without undue delay on written request (also by email, fax or in other text form), with the exception of the extent of any mandatory statutory provisions or court order.
5. If the parties have already entered into non-disclosure agreements, these non-disclosure agreements shall continue to apply. In case any provision of any existing non-disclosure agreements is contradictory to provisions of the Terms and Conditions of Purchase, the provisions of the non-disclosure agreements shall take precedence.
6. The Receiving Party shall, without the Disclosing Party's prior written consent, refrain from observing, studying, disassembling and testing (including any attempt to do so) any Good or object received or obtained in any way by the Disclosing Party in order to, in such way, obtaining any

information of the Disclosing Party being subject to the confidentiality obligation as described above, unless such Good or object has been made available to the public by the Disclosing Party or with the Disclosing Party's prior consent.

XIV. Compliance

1. The Supplier shall fulfil the due diligence obligations of the Supply Chain Due Diligence Act (LkSG) as amended from time to time (current version available here: https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Internationales/act-corporate-due-diligence-obligations-supply-chains.pdf;jsessionid=B381897C90D5FD3380AD3BDB1E83E7B8.delivery1-master?__blob=publicationFile&v=3). This shall apply even if the Supplier itself is not subject to the scope of the LkSG.
 - a) The due diligence obligations include, but are not limited to, establishing a risk management system, performing risk analyses, taking preventive measures and remedial action and establishing a complaints procedure.
 - b) The due diligence obligations refer to human rights-related and environment-related risks, in particular child labor, forced labor, failure to comply with occupational health and safety obligations, disregarding the freedom of association, unequal treatment in employment, withholding an adequate living wage, as well as usage of mercury, persistent organic pollutants and hazardous waste.
2. The Supplier shall endeavour to oblige its sub-suppliers and subcontractors to the same extent.
3. The Supplier grants us the right to carry out, once a year and additionally in case of a relevant cause, initial and further training measures for the employees of the Supplier to implement the obligations under Sections XIV. 1. and 2.. The Supplier shall ensure that its employees will participate in the initial and further training measures. We may perform the training itself or via a third party.
4. We are entitled to verify once a year and additionally in case of a relevant cause, by our own employees or third parties, by way of an on-site audit and/or other suitable measures, whether the Supplier fulfils the obligations under Sections XIV. 1. and 2.. The Supplier shall bear the cost for the respective audit. The Supplier shall grant reasonable access to the relevant areas and documents. Except to the extent agreed otherwise, such verification may only take place during the business hours of the Supplier and must not affect the business operations of the Supplier. We shall give reasonable advance notice to the Supplier of the respective audit.
5. A relevant cause in the sense of Section XIV. 3. or 4. occurs when We must expect a significantly changed or significantly expanded risk situation at the Supplier or at the Supplier's sub-suppliers or subcontractors.
6. Except to the extent statutory disclosure obligations exist, the Parties shall protect the trade and business secrets of the respective disclosing Party and comply with the data protection provisions applicable in the particular case as well as oblige accordingly third parties which the respective receiving Party engages.
7. If the Supplier breaches an obligation under Section XIV. 1. and/or 2., We may set a reasonable deadline for the Supplier to end the breach and/or otherwise remedy the breach. The period shall be at least four weeks, unless a shorter period is required to protect the life, body or health of a

person. If the Supplier does not end or otherwise remedy the breach within the deadline and provides us with corresponding evidence thereof, We may terminate the contract with immediate effect. This shall also apply if the Supplier refuses, frustrates or obstructs initial or further training under Section XIV. 3. or an inspection under Section XIV. 4. and does not make the training or inspection possible to full extent without undue delay after being requested to do so by us. The Supplier shall not be entitled to any remuneration, damages or other claims resulting from or in connection with such termination.

8. Notwithstanding the provision in Section XIV. 7., We may, with immediate effect, terminate the contract and the entire business relationship with the Supplier if

- a) the violation of a protected legal position or an environment-related obligation is assessed as serious,
- b) the implementation of the measures developed in the concept does not remedy the situation after the time specified in the concept has elapsed,
- c) We have no other less severe means at our disposal and
- d) Increasing the ability to exert influence has no prospect of success

(Sec. 7 para. 3 of the German Supply Chain Due Diligence Act (LkSG)). The Supplier shall not be entitled to any remuneration, damages or other claims resulting from or in connection with such termination.

9. If the Supplier breaches an obligation stipulated in Section XIV. 1. and/or XIV. 2., We may claim compensation for the resulting damage and expenses, unless the breach and the resulting damage was not caused by the Supplier's fault.

10. The Supplier warrants that its business activities are in accordance with the (i) statutory law, (ii) other legal provisions applicable to the Supplier and (iii) the contractual agreements entered into with us. The Supplier also warrants that it has taken sufficient organizational measures in its company to ensure compliance with the requirements described in sentence 1 above.

XV. Embargoes and Sanctions

(1) The Supplier hereby confirms that it is not a "Sanctioned Person", i.e.

- a) not itself listed
 - on the consolidated sanctions list of the United Nations Security Council or
 - on the consolidated list of persons, groups and entities subject to EU financial sanctions or
 - on sanctions lists of the U.S. Government, to the extent that such sanctions lists are not based on economic sanctions (aa) listed in the Annex to Regulation (EC) No. 2271/96 (as amended) or (bb) directed against states against which economic sanctions have not also been imposed by the United Nations Security Council, the European Union or the Federal Republic of Germany,
- b) not owned or controlled by any such listed person, entity or body, and

- c) not subject to a general transaction prohibition of the European Union (cf. for example Art. 5aa Regulation (EU) 833/2014).

The Supplier shall inform us without delay if it knows or has reason to suspect that the above confirmation is no longer applicable.

- (2) The Supplier undertakes to fulfil its contractual obligations towards us at all times in strict compliance with the import and export control rules applicable in the European Union and the Federal Republic of Germany (including sanctions and embargos). This includes in particular the following obligations:
 - a) Supplier shall not supply to us any Goods, which were sourced, directly or indirectly, from Sanctioned Persons.
 - b) The Supplier shall not supply to us any Goods, which are subject to an import prohibition under the laws and regulations of the EU or the Federal Republic of Germany (as amended). This expressly includes, but is not limited to, Goods that originate in or have been exported from Russia and are listed in the relevant Annexes to Regulation (EU) No 833/2014 (as amended), including the iron and steel products listed in Annex XVII to Regulation (EU) No 833/2014 ("listed iron and steel products") containing listed iron and steel products originating in Russia.
 - c) The Supplier shall not participate in activities the object or effect of which is to circumvent import prohibitions under the laws and regulations of the EU or the Federal Republic of Germany (as amended).
- (3) The Supplier agrees to provide, on first request, to us and/or the relevant export control, customs or other competent authority any information or evidence required to verify compliance with the confirmations and obligations under Sections XV.1.–2. This includes but is not limited to information on the ownership, shareholder and control structure of the Supplier or its suppliers, and information, documentation and/or certification required for providing evidence of the country of origin of the Goods. Insofar as import prohibitions are not solely linked to the origin of the Goods, but also to the input materials used for processing the Goods in a third country (as is the case, e.g. as regards listed iron and steel products), the aforementioned obligation shall also extend to these input materials.
- (4) The Supplier agrees to indemnify, hold harmless and compensate us against all person damages, losses, penalties, liabilities, expenses and interest, whether arising from civil, criminal or public law claims and/or laws or regulations, incurred by us as a result of the Supplier not complying with the obligations under Sections XV.1.–3., unless the non-compliance and the resulting damage was not caused by Supplier's fault.
- (5) The Supplier warrants that it has taken sufficient organizational measures in its company to ensure compliance with the requirements described above.

XVI. Place of performance, place of jurisdiction, applicable law

- 1. The place of performance is the place at which the Goods are to be delivered or the service is to be provided in line with our instructions. The place of payment is Winnenden.
- 2. If the Supplier is a merchant, Stuttgart ("Stuttgart-Mitte") shall be agreed as the place of jurisdiction. However, We are also entitled to institute legal proceedings against the Supplier at his registered office.

3. If the Supplier has its place of business in Germany, German law shall apply exclusively.
If the Supplier does not have its place of business in Germany, the United Nations Convention on Contracts for the International Sales of Goods (CISG) applies even if the Supplier's place of business is not located in a state party to the CISG. In addition thereto German law applies exclusively, excluding the reference provisions of private international law.

XVII. Severability clause

If one or more provisions of these Terms and Conditions of Purchase should be or become invalid or unenforceable, this shall not affect the validity of the other provisions of these Terms and Conditions of Purchase. The same applies if these Terms and Conditions of Purchase do not contain a provision that is actually necessary. The parties shall replace the invalid or unenforceable provision with a provision which is legally valid and enforceable, which in economic terms reflects as closely as possible the essence and purpose of the invalid or unenforceable provision. Should these Terms and Conditions of Purchase be incomplete, the parties shall conclude an agreement with the content they would have agreed upon had they been aware of the omission when concluding the Terms and Conditions of Purchase.

XVIII. UN Convention on Contracts for the International Sale of Goods (CISG)

Whenever the United Nations Convention on Contracts for the International Sales of Goods (CISG) is applied the following applies in addition to the provisions above:

1. Instead of subsection VIII.3 the following provision applies

If the Goods are not in accordance with the contract, We may at our discretion demand a replacement delivery or remedying of the defects. Alternatively, We have the right to reduce the purchase price pursuant to Art. 50 CISG. Furthermore, We have the right to demand cancellation of the contract; if the breach of contract is significant We are not required to set a grace period pursuant to Art. 47 (1) CISG. If We demand remedying of the defects and it fails, We are nevertheless entitled to cancel the contract, demand a proportionate reduction in the purchase price or receive a replacement delivery. In addition to the aforementioned legal remedies We may also demand compensation. We do not lose the right to demand compensation by exercising other legal remedies.

2. Instead of subsection VIII.6 the following provision applies

We shall examine the delivered Goods for quality or quantity deviations within a reasonable period. Notice of the non-conformity is on time provided the Supplier receives it within 14 days after detection, but at the latest 2 years after handover of the Goods to us. If a quality assurance agreement exists between us and the Supplier, the provisions therein on the duty to examine and notify defects shall apply and take precedence.